

---

## 1. Sitzung Arbeitsgruppe „Ereignisse am BSK und Auswirkungen auf die gemeinsame Arbeit in der Mediation – Perspektiven des Umgangs miteinander“

Datum: 19. April 2010  
Uhrzeit: 16.45 – 21.30 Uhr  
Ort: WSA Berlin  
Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen  
Protokollantin: Claudia Schelp

Teilnehmer/innen:

WSA Berlin: Frau Dr. Ernst, Frau Bodenmeier, Frau Riemer, Herr Scholz  
BI/Verein „Bäume am Landwehrkanal“ bzw. Anwohnerinnen: Herr Appel, Frau Dorbert, Frau Kleimeier, Frau Fortwengel, Herr Dohna, Frau Guttzeit (bis 19.30 Uhr), Herr Dr. Barsig (Baumgutachter)  
Bezirksämter (Naturschutz- und Grünflächenamt bzw. Umweltamt): Herr Leder (Mitte-Tiergarten), Herr Trehkopf (Charlottenburg-Wilmersdorf)  
SenStadt: Herr Schubert (Obere Naturschutzbehörde, zuständig für Artenschutz und Artenhilfsprogramme)  
Umweltverbände: Herr Krauß (BUND)

### **Begrüßung**

Die Mediatoren begrüßten die Teilnehmer/innen, insbesondere die Gäste, Herrn Schubert und Herrn Krauß, zur Sitzung der Arbeitsgruppe „Ereignisse am BSK (Berlin-Spandauer-Schiffahrtskanal) und Auswirkungen auf die gemeinsame Arbeit in der Mediation – Perspektiven des Umgangs miteinander“. Einleitend erklärten sie, dass die Ereignisse am BSK formal betrachtet nichts mit dem Mediationsverfahren Zukunft Landwehrkanal zu tun hätten, da es nur einen Mediationsauftrag für den Landwehrkanal gebe. Allerdings hätten sie den Eindruck gewonnen, dass die Ereignisse am BSK bereits Schatten auf das Mediationsverfahren Zukunft Landwehrkanal geworfen haben. Sie hätten die Sitzung daher insbesondere einberufen unter dem Aspekt des Umgangs miteinander und der gemeinsamen Arbeit im Rahmen des Mediationsverfahrens.

Mehrere Teilnehmer/innen bedankten sich, dass die kurzfristig einberufene Sitzung allseits so ermöglicht worden sei. Herr Appel erklärte, dass aus seiner Sicht das Thema BSK vor dem Hintergrund des Geistes der Mediation durchaus in dieses Verfahren gehöre, auch wenn eine andere Örtlichkeit im Fokus stehe: Es gehe ganz grundsätzlicher Art um die Gehölzunterhaltung an Wasserstraßen in Berlin im Zuständigkeitsbereich des WSA Berlin. Das Mediationsverfahren Zukunft Landwehrkanal sei durch die Ereignisse am BSK bereits belastet worden, daher sei es richtig, es auch hier zu behandeln. Aus seiner Sicht sei Vertrauen in eine Institution und in Vereinbarungen nicht nach jeweiliger Örtlichkeit teilbar.

Bevor man nun über mögliche Lösungen nachdenken könnte, sei es wichtig, zuerst Transparenz darüber herzustellen, was genau passiert sei, erklärten die Mediatoren, damit sichergestellt sei, dass alle denselben Kenntnisstand hätten und über dasselbe reden würden. Grundlage der Information sei für sie und für die meisten Anwesenden bisher die verschiedenen schriftlich verteilten Stellungnahmen und Presseerklärungen.

Herr Scholz bat darum, die Ereignisse aus Sicht des WSA darstellen zu dürfen: Einleitend betonte er, dass es für ihn logisch sei, dass man sich hier im Mediationsverfahren Zukunft Landwehrkanal mit den Ereignissen am BSK beschäftige. Das WSA halte das Verfahren der Mediation für gut und wolle von der

---

Mediation lernen: Ziel sei es u.a. durch die Mediation neue Vorgehensweisen zu erlernen, zu erarbeiten und zu erproben bzw. umzusetzen.

Das WSA Berlin habe am BSK Pflegemaßnahmen durchführen lassen, 7 km auf der einen Seite und 3 km Ufer auf der anderen Seite. Zuvor seien im Rahmen der jährlich stattfindenden Baumschau von fachkundigen Baumprüfern des Amtes mit fachlicher Unterstützung des Bundesforstes die notwendigen Maßnahmen festgelegt worden. Im Oktober 2009 habe die erforderliche und übliche Benehmensherstellung mit den betroffenen Bezirksämtern Spandau, Mitte und Reinickendorf stattgefunden - hierzu lägen auch die entsprechenden Benehmensherstellungsprotokolle vor. Mitte Februar 2010 sei ihm als Amtsleiter gemeldet worden, dass die durchgeführten Schnittmaßnahmen an einigen der Bäume in der Kritik stünden und nicht in Ordnung seien. Da er selbst kein Fachmann für Baumschnittarbeiten sei, habe er zunächst veranlasst, die Arbeiten umgehend zu stoppen, um den Sachverhalt zu prüfen. Am gleichen Tage noch habe er Herrn Dr. Barsig beauftragt, die ausgeführten Arbeiten zu begutachten. Dabei sei bedauerlicherweise festgestellt worden, dass teilweise zu stark zurückgeschnitten worden sei und auch ein Baum unnötig gefällt worden sei. Herr Scholz führte aus, dass der Bundesforst im Auftrag des WSA ausgewiesene Fachfirmen mit den Arbeiten beauftragt habe und dass die Baumprüfer vor Ort, die die Maßnahmen seitens des WSA begleiteten, regelmäßig, d.h. alle 5 Jahre geschult würden. Das Gesamtvolumen der Pflegemaßnahme habe etwa 250.000,- Euro betragen und sei in mehreren Etappen an unterschiedliche Firmen vergeben worden. Die Grundlage für alle Pflegemaßnahmen stellten Übersichten dar, in denen alle durchzuführenden Maßnahmen tabellarisch aufgeführt seien. Bei der Überprüfung der tatsächlich ausgeführten Arbeiten sei nun u.a. festgestellt worden, dass im Bereich des Nordhafens gar nicht all das im Zuständigkeitsbereich der WSV liege, von dem sie angenommen hätten, dass es so sei. Herr Scholz räumte ein, dass etwas schief gelaufen sei und es vieles gebe, das er für verbesserungsbedürftig halte. Für ihn habe jetzt Priorität, gemeinsam zu klären, wie sie alle miteinander umgehen wollen.

Frau Voskamp bedankte sich bei Herrn Scholz für die Ausführungen und fragte nach, welches Ziel mit den Arbeiten am BSK verfolgt worden sei.

Daraufhin nannte Herr Scholz:

- Baumpflege,
- wasser- und landseitige (dort wo ein Betriebsweg sei) Verkehrssicherung und
- Anlagensicherheit.

Frau Guttzeit erkundigte sich nach der genauen Anzahl der Bäume, die insgesamt am BSK gefällt worden seien und wies darauf hin, dass ihrer Kenntnis nach die Fällungen auch Bäume betreffen, die 2005 / 2006 als Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe seitens der Deutschen Bahn (DB) gepflanzt worden seien. Frau Riemeier erklärte daraufhin, dass auf den 11,2 km 270 Bäume zur Fällung ausgeschrieben gewesen seien; für 109 durchgeführte Baumfällungen seien die Rechnungen bereits beglichen worden.

Herr Appel äußerte sein Unbehagen bezüglich der Ausführungen von Herrn Scholz: Mit keinem Wort sei ihnen gegenüber in der Februar-Sitzung oder in der Zeit danach erwähnt worden, dass 270 Bäume zur Fällung ausgeschrieben worden seien. Zudem stellte er die Qualifikation der beauftragten Firmen infrage, die er angesichts dieser Ausführungen und Ereignisse für unzureichend halte. Im Februar 2010, als sie als BI / Verein in einer Sitzung im Rahmen des Mediationsverfahrens gegen die Vorgehensweise am BSK protestiert hätten und offiziell Herrn Scholz ihre Protestnote übermittelt hätten, habe Herr Scholz zugesichert, die Maßnahmen gestoppt zu haben, damit eine Prüfung der Vorgänge erfolgen könne und dass darüber hinaus die Arbeiten erst in der Saison 2010/2011 weitergeführt würden. Damals sei von mehreren Losen nicht die Rede gewesen. Dass sich nun herausstelle, dass die Arbeiten mit dieser Begründung nur für einen Teilbereich gestoppt worden seien, empfinde er als Täuschung. Für ihn sei das kein angemessener Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Herr Scholz erläuterte, dass der Baustopp nur für eines der Lose verhängt worden sei; hinsichtlich der anderen Losen habe er nach Rücksprache mit Herrn Moneke, dem Außenbezirksleiter Spandau, angenommen, dass vorsichtig und mit Achtsamkeit weitergearbeitet werde. Zu keinem Moment habe die Absicht einer Täuschung bestanden. Die Aufteilung in mehrere Lose habe sich für Herrn Scholz erst im Nachhinein, d.h. nach dem Gespräch mit Herrn Schneider (Bundesforst) herausgestellt; zum Zeitpunkt der Übergabe der Protestnote seitens BI/Verein habe er davon keine Kenntnis gehabt und sei davon ausgegangen, dass mit dem von ihm ausgesprochenen Baustopp sämtliche Arbeiten unterbrochen gewesen seien.

Frau Kleimeier betonte, dass sie es sich sehr gewünscht hätte, dass Herr Scholz sie und die übrigen Teilnehmer/innen an der Mediation sofort informiert hätte, als er erfahren habe, dass es sich um mehrere Lose handeln würde und die Arbeiten entsprechend weitergegangen seien. Darüber hinaus äußerte sie ihr Erstaunen darüber, dass er als Amtsleiter nichts davon gewusst habe, dass Ausschreibung und Vergabe in mehreren Losen erfolgt sei.

Daraufhin erläuterte Frau Riemer, dass die Ausschreibung durch den Bundesforst und nicht durch das WSA durchgeführt worden sei. Herr Scholz ergänzte, dass diese Kooperation sich seit Jahren bewährt habe und dass deren Mitarbeiter/innen in Bezug auf den Umgang mit Bäumen besser geschult seien. Herr Leder schilderte die Vorgehensweise, wie sie sich ihm darstelle: zuerst würden die eigenen Leute des WSA sich die betreffenden Bäume anschauen und dies dokumentieren; erst anschließend werde der Bundesforst eingeschaltet.

Herr Scholz führte an, dass er als Amtsleiter eine große Anzahl verschiedenster Vorgänge auf den Tisch bekomme, so dass er nicht jedes Detail in jedem Vorgang übersehen könne und bat um Verständnis.

Während Herr Scholz erläuterte, dass die Inhalte der Ausschreibung in Kooperation der Baumprüfer mit dem Bundesforst festgelegt würden und die Einweisung der Firmen durch den Bundesforst erfolge, erklärte Herr Leder, dass er bei Ausschreibungen des Bezirks selbst genau festlege und in der Ausschreibung definiere, welche Leistung er haben wolle.

Mehrere Teilnehmer/innen äußerten ihr Unverständnis darüber, wie es so einem Ergebnis kommen könne wie am BSK. Herr Appel erklärte, dass laut Leitfaden „Baumkontrolle an Bundeswasserstraßen“ ein externes Gutachten über die beabsichtigte Baumfällungen eingeholt werden müsste. Auf seine Frage, ob es dies für die 270 Bäume gebe, antwortete Herr Scholz, dass er sich nicht bewusst sei, externe Gutachten zugesagt zu haben. Hingegen gebe es Dokumente, die die Benehmensherstellung mit Bezirken belegten. Frau Riemer ergänzte, dass für 4 Bäume, für die jeweils ein Gutachten gefordert worden sei, diese auch vorlägen und dass diese von Herrn Dr. Barsig erstellt worden seien. Herr Scholz führte ferner aus, dass er von betroffenen Bäumen, die Ausgleichsmaßnahme der DB gewesen seien, heute und hier zum ersten Mal höre. Herr Dr. Barsig verwies darauf, dass das auch bereits in seinem Gutachten vermerkt sei. Ergänzend dazu zitierte Frau Guttzeit einen Text zum Sparrplatz-Quartier, der die Betroffenheit der Ausgleichsbäume belegte.

Herr Trehkopf führte im Zusammenhang mit den Benehmensherstellungen der Bezirke aus, dass die Baumlisten, die im Excel-Format geführt würden, nicht in gemeinsame Arbeit zwischen Bezirk und WSA erarbeitet würden; vielmehr seien sie zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme zur Benehmensherstellung bereits vorhanden: der Bundesforst lege diese Liste vor, die dann vor Ort gemeinsam durchgegangen werde. Er berichtete, dass 140 Bäume in seinem Bereich (Charlottenburg) dabei angesehen worden seien. Gegen die vorgeschlagenen 16 Fällungen habe es keine Einwände gegeben. Eine geplante Entfernung von Strauchwerk sei nicht besprochen worden.

Die Mediatoren fassten die Themen zusammen, die sie bisher rausgehört hätten:

- Umgang miteinander
- Ziel und Begründung für die durchgeführten Maßnahmen

- Art der Aus- und Durchführung der Maßnahmen.

Frau Guttzeit wies auf die negative Außenwirkung hin, die das Vorgehen des WSA in der Öffentlichkeit entfalte und die die im Mediationsverfahren beteiligten Bürgervertreter/innen derzeit besonders aufmerksam aufnahmen. So würden sich z.B. viele Bürger/innen ihnen gegenüber erstaunt darüber äußern, dass das Mediationsverfahren zum Landwehrkanal noch laufe und dass es daher um so unverständlicher sei, dass das WSA immer noch scheinbar unbegründet Bäume fälle – auch wenn dies nicht am Landwehrkanal sei; dass mit unterschiedlichem Maß (BSK/LWK) gemessen werde bei Baumpflegearbeiten sei nicht vermittelbar und auch nicht nachvollziehbar. Dies sei auch für die im Verfahren engagiert arbeitenden Bürgervertreter/innen schwierig zu vermitteln, da sie ja das Mandat vieler Bürger/innen haben, ihre Interessen im Verfahren zu vertreten.

Herr Krauß regte an, die Begründung für die durchgeführten Maßnahmen zu diskutieren. Er äußerte seine Vermutung, dass die mit der Ausführung der Arbeiten beauftragten Personen wenig Sensibilität im Umgang mit Bäumen zeigen würden. Seiner Erfahrung nach sei es WSA-seits in der Vergangenheit erwünscht gewesen, Uferböschungen grundsätzlich aufwuchsfrei zu halten. Mit den Arbeiten sei ein Uferbiotop zerstört worden, das u.a. auch einen wichtigen Lebensraum für Nachtigallen dargestellt habe. Im betreffenden Bereich hätten bisher zudem nachweislich Biber gelebt; ihnen sei mit Durchführung der Maßnahmen die Nahrungsgrundlage entzogen worden. Seiner Ansicht nach könne sich niemand herausreden und der Verantwortung entziehen, indem er behaupte, um diese Zusammenhänge nicht gewusst zu haben; dem WSA hätten diese von ihm gerade ausgeführten Informationen nachweislich zur Verfügung gestanden. Herr Krauß äußerte sich dankbar und anerkennend der BI und dem Verein gegenüber, die erwirkt hätten, dass das Thema hier in einem konstruktiven Dialog behandelt werden könne. Er forderte, im WSA ein grundsätzliches Umdenken zu initiieren und zu implementieren, das u.a. beinhalte, mindestens zu akzeptieren, besser aktiv zu befördern, dass Uferböschungen wichtige Lebensräume für Flora und Fauna darstellen. Bisher sei das Hauptargument für die Beseitigung von Uferbewuchs gewesen, dass man bei Bewuchs mögliche Schäden am Ufer nicht sehen könnte. Diese Argumentation halte er für ihn nicht haltbar.

Herr Scholz erklärte, dass Herr Moneke sehr genau begründet habe, warum er Bewuchs habe wegnehmen lassen. Herr Moneke sei Ingenieur, kein Baumexperte. Er habe auf über 10 Seiten seine Begründung für die Maßnahmen sehr dezidiert dargelegt, für Herrn Scholz sei dies nachvollziehbar und akzeptabel gewesen. Er räumte allerdings auch ein, dass für die von Herrn Krauß berechtigterweise eingebrachte Sichtweise bisher nur unzureichend Raum gegeben worden sei. Er verwies darauf, dass es eine neue Erlasslage in der WSV gebe, auch anders als bisher mit den Uferbereichen umzugehen, die nun implementiert werden müsse. Die Implementierung sehe er als seine Aufgabe an. Er wolle alles tun, damit dies bestmöglich geschehen könne und sammle Ideen und Hinweise, wie dies erfolgen könne. Er berichtete, dass beispielsweise alle 6 Wochen eine Sitzung der Außenbezirksleiter stattfinde (in jeder zweiten dieser Sitzungen würden allerdings nur personalpolitische Dinge besprochen); dies werde jeweils auch protokolliert. In diesen Sitzungen werde auch auf Neuerungen hingewiesen, zusätzlich würden Schulungen angeboten. Auf einer weiteren Ebene träfen außerdem die Dezernatsleiter der 7 Wasser- und Schifffahrts-Direktionen alle 6 Monate zusammen zum Austausch. Auf diese Weise seien die Informationsflüsse bis hin zum Ministerium BMVBS sichergestellt. Herr Scholz räumte ein, dass es mit einer bloßen Information allerdings noch nicht getan sei: Diese Dinge müssten auch in die Köpfe der jeweiligen Mitarbeiter/innen gelangen. Herr Moneke sei sehr zu Gute zu halten, dass er verwaltungsrechtliche Dinge vorbildlich beherrsche, darstelle und erledige. Herr Scholz erklärte, dass es durchaus nachvollziehbare Begründungen für die durchgeführten Maßnahmen gebe, er diese allerdings aus naturschutzfachlicher Sicht nicht beurteilen könne. Die WSV würde innerhalb des Mediationsverfahrens viel dazu lernen und sei dafür auch offen und bereit.

---

Frau Guttzeit fragte nach möglichen Sanktionen, die verhängt werden könnten, wenn z.B. Mitarbeiter/innen gegen Erlasse verstoßen würden. Es wurde jedoch deutlich, dass es bei diesem Thema weniger um die Frage klarer Verstöße gehen würde, sondern vielmehr um die Haltung und die Sichtweise gegenüber ufernahem Grün.

Mehrere Teilnehmer/innen erkundigten sich, wie viel Aufwuchs beseitigt worden sei und in welcher Größenordnung ein möglicher Ausgleich realistisch sei. Frau Riemer erklärte, dass sie dazu noch nichts Genaues sagen könne.

Herr Krauß berichtete, dass er die sehr umfangreiche Menge Schnittgut vor der Laderampe an der Autobahnbrücke gesehen und auch fotografiert habe. Dies könne er gern zur Verfügung stellen. Das Ausmaß sei aus seiner Sicht erheblich.

Herr Leder klärte darüber auf, dass er als Vertreter eines der betroffenen Naturschutzämter keine Handhabe besitze, über die als Ausgleich (DB) gepflanzten und nun beseitigten Bäume hinaus Schadensersatz fordern zu können. Herr Trehkopf fügte hinzu, dass er ein weiteres Problem in dem wechselnden Personal sehe: lange Zeit habe er mit demselben Mitarbeiter des WSA zusammengearbeitet, so dass sich Vertrauen und Routinen aufgebaut haben. Jetzt sei ein neuer Mitarbeiter da, den es gelte kennenzulernen. Entsprechend gering empfinde er seinen momentanen Einfluss auf die diskutierten Vorgänge. Außerdem sei grundsätzlich festzustellen, dass Förster oft eine andere Vorstellung von Baumpflege hätten als z.B. Baumgutachter oder Naturschutzbehörden. Herr Trehkopf berichtete von einer Situation, in dem der zuständige Bearbeiter (Förster) anfangs völliges Unverständnis für das Kappen von Weiden gehabt habe. Im gemeinsamen Diskurs habe man gegenseitig Verständnis entwickelt. Für problematisch halte er die grundsätzlich unterschiedlichen Vorstellungen von Art und Umfang der notwendigen Uferpflege. Mit den vorgeschlagenen Fällmaßnahmen habe er indes und erfahrungsgemäß keine Probleme: Oft handele es sich dabei um offensichtliche und unstrittige Gefahrenquellen. Herr Trehkopf ergänzte, häufig stelle nicht die jeweilige Ausführungsfirma das Problem dar, sondern vielmehr sei der jeweilige Polier vor Ort die entscheidende Einflussgröße. Ferner war ihm wichtig zu betonen, dass es sich bei der Benennungsherstellung nicht um Einvernehmen handeln würde; vielmehr würden sie als Vertreter der Naturschutzbehörden nur gehört und könnten ihre Meinung sagen.

Herr Kessen fasste zusammen, dass es sich für ihn so anhöre, als ob jeweils unmittelbar vor Ort von den Mitarbeiter/innen des WSA Entscheidungen über Fäll- und Pflegemaßnahmen getroffen würden, die auch durch andere Instanzen, Institutionen und hausinterne Hierarchien kaum noch veränderbar, kontrollierbar und ggf. korrigierbar seien. Hinsichtlich der Art und Weise, wie diese Fäll- und Pflegemaßnahmen aussehen könnten, würden hier in der Sitzung durch unterschiedliche Stellungnahmen Welten aufeinander zu treffen scheinen. Dies wurde von den Anwesenden so bestätigt.

Herr Krauß erklärte, er habe in den 30 Jahren, in denen er in Berlin sei, noch nie derartig massive Eingriffe gesehen wie jetzt am BSK. Vor der politischen Wende 1989 habe der Senat, in dessen Zuständigkeit der Kanal damals lag, den Bewuchs sich selbst überlassen, auf eine zurückhaltende Art und Weise. So wie sich das jetzt darstelle, könne das seiner Ansicht nach nicht weitergehen: den verantwortlichen Personen müsse ein Gefühl dafür vermittelt werden, was sie da täten, welche Verantwortung sie trügen und welche Auswirkungen ihr Tun habe. Möglicherweise sei das auch aufgrund seiner weitreichenden Bedeutung ein Thema für das Ministerium und nicht nur für ein einzelnes Wasser- und Schifffahrtsamt. Herr Scholz antwortete darauf, dass das Ministerium die Erlasse erarbeite und nicht Zuständigkeit für eine Implementierung vor Ort besäße. Er bestätigte, dass der ökologische Ansatz von Pflege und Unterhaltung in der WSV erst nach der politischen Wende aufgekommen sei. Seit zwei Jahrzehnten werde eine naturnahe Ufergestaltung angestrebt. Sein Job als Amtsleiter sei es, das dazu erforderliche Umdenken zu implementieren. Frau Riemer ergänzte, dass das WSA seit 1 ½ Jahren am „Unterhaltungsplan Spree“ arbeiten würde, der demnächst der Öffentlichkeit vorgestellt werde. Für das WSA stelle dies

---

einen großen Schritt dar, der u.a. auch den Bereich von Herrn Moneke betreffe; der genannte Unterhaltungsplan sei zusammen mit der BfG aufgestellt worden und enthalte sehr konkrete Maßnahmen.

Herr Kessen stellte fest, dass beide Seiten sich Anerkennung für ihre jeweilige Sichtweise wünschten: Einerseits würden Fortschritte innerhalb der WSV erzielt, an denen hart gearbeitet werde, andererseits würden zurzeit am BSK Dinge passieren, die das aus der Sicht der anderen konterkarierten. Herr Kraus knüpfte an das Gesagte an, indem er einräumte, dass durchaus gute Arbeit geleistet werde und beispielsweise der Pflegeplan nicht unbedingt schlecht sein müsse, sondern von guter Qualität; allerdings gelte es, zugleich sicher zu stellen, dass diejenigen, die mit der Umsetzung des Pflegeplans vor Ort betraut würden, inhaltlich auch einen Zugang dazu finden müssen. Um dies zu unterstützen, regte er daher an, dass Herr Scholz einen Gesprächstermin in kleinem sachverständigen Kreis vor Ort organisiere mit denjenigen Personen, die den Schnitt ausgeführt hätten; das ginge möglicherweise direkter und würde auf diesem kurzen Wege mehr bringen.

Frau Voskamp fasste zusammen, man könne ggf. zweigleisig vorgehen, indem man sowohl bei den Menschen vor Ort als auch bei der Umsetzung der Erlasse ansetze.

Frau Kleimeier regte an, auf die anstehenden Fragestellungen spezialisierte Ökologen mit der Überprüfung fachgerechten und sorgfältigen Ausführung von Maßnahmen zu betrauen.

Die Mediatoren fassten aufgrund der sich anschließenden Diskussion zusammen, dass womöglich den WSA-Mitarbeiter/innen vor Ort eine Fachkompetenz in der Entscheidung zugeschrieben würde, die sie nicht hätten und auch nicht haben könnten. Herr Trehkopf ergänzte, dass aus seiner Erfahrung bei vielen Personen, die die Verantwortung vor Ort tragen müssten für die jeweiligen Entscheidungen, eine – durchaus verständliche – Angst vor Übernahme dieser Verantwortung da sei. Hier gelte es zu überlegen, wie eine Handreichung aussehen könnte. Herr Dr. Barsig erklärte, dass er bei der von ihm durchgeführten Evaluierung der Maßnahmen festgestellt habe, dass beim Bundesforst durchaus auch einiges durcheinander ginge und die angeführten Begründungen seiner Ansicht nach teilweise willkürlich seien. Aus seiner Sicht sei der Bundesforst daher nicht die geeignete Behörde, um das WSA fachlich zielführend zu beraten, da es sich z.B. in den betreffenden Bereichen nicht um einen Wald, sondern um einen innerstädtischen Bereich handele, der grundsätzlich anders zu bewerten und mit dem anders umzugehen sei. Außerdem habe er festgestellt, dass die ausführende Firma nicht so geschnitten habe, wie es ausgeschrieben worden sei und dass die Durchführung der Arbeiten fachlich nicht kontrolliert worden seien. Aus seiner Sicht sollten diese betreffenden Firmen für diese schlechte Arbeit nicht vollständig bezahlt werden. Desweiteren hätten seiner Ansicht nach Fällungen und Schnitte auf der Böschungsoberkante nichts mit Sicherheitsmaßnahmen zu tun. Er habe außerdem bedauerlicherweise feststellen müssen, dass dort, wo geschnitten worden sei, inzwischen Kleingärtner die Chance ergriffen hätten und auf den freien Flächen die Böschung terrassieren und Rasen einsäen würden. Zudem erinnerte er an den Vortrag von Herrn Dr. Wolter im „Arbeitskreis Naturhaushalt und Landschaftsbild“ am 4. November 2009, in dem dieser darauf hingewiesen habe, wie wichtig Strauchüberhänge für die im Kanal lebende Fischfauna seien. Trotz dieser Erkenntnis sei tabula rasa gemacht worden. Daher seien aus seiner Sicht Kompensationsmaßnahmen notwendig.

Herr Kessen fragte nach, wer derjenige sei, der kompetent mitwirken könne, ein Umdenken bei den vor Ort Verantwortlichen erreichen zu können.

Herr Leder erklärte, dass aus seiner Erfahrung Schulungen allein nichts bringen würden, sondern man vielmehr die Leute über einen längeren Zeitraum intensiv begleiten und „an die Hand nehmen“ müsse, um sie zu stärken und ihnen Sicherheit zu geben. Herr Scholz erklärte, dass aus seiner Sicht der zentrale Punkt der Unsicherheit die Haftungsfrage sei, und brachte einige Beispiele von Fällen ein, in denen

Personen zu Schaden gekommen seien durch von Ästen und Bäumen ausgehende Gefahren. Die Folge sei, dass deswegen WSV-Mitarbeiter vor Gericht stünden wegen solcher Haftungsfragen. Er betonte, dass verschiedene Komponenten wie begrenzte Ressourcen - Personal und Zeit - hineinspielten. Im Verlauf der Diskussion kristallisierten sich zwei Schwerpunkte heraus: die Kompensation und die Personalfrage.

Herr Scholz betonte, dass für ihn eine transparente Bilanzierung von Eingriff und Ausgleich wichtig sei. Er gestand ein, dass der Bundesforst in gewisser Weise auch nur eine „Krücke“ sei, da Stadtökologie sicher ein anderes Thema sei als der Forst es wohl abdecken könne.

Herr Apel nahm eine Frage von Frau Guttzeit im früheren Diskussionsprozess auf und betonte, dass es ihnen nicht um Sanktionen gegen einzelne Mitarbeiter/innen gehe. Vielmehr hätten sie leider den Eindruck, dass es im WSA Kräfte gäbe, die grundsätzlich gegen den Baumschutz seien. Er plädierte dafür, dass es eine tatsächliche Kontrolle geben müsse und diese von geschulten Fachkräften ausgeführt und sicher gestellt werden solle. Wichtig sei es, jetzt keine Absichtserklärungen verlautbaren zu lassen, sondern tragfähige Entscheidungen zu treffen, so dass sich zeige, dass das System lernfähig sei und tatsächlich die vielfach erwähnte lernende Organisation darstelle.

Es wurde deutlich, dass sich alle Beteiligten eine hohe Verbindlichkeit der noch zu treffenden Vereinbarungen wünschten.

Herr Dohna fasste die Punkte, die aus seiner Sicht relevant und zu klären seien, zusammen:

- Wieviel ist tatsächlich geschnitten und abtransportiert worden? Das sollte aus seiner Sicht anhand Nachweisführung nachvollziehbar sein.
- Wie relevant / brisant ist die Haftungsfrage tatsächlich? Aus seiner Sicht bestehe die Gefahr, dass sie vorgeschoben werde, wenn das WSA nicht ökologisch handeln wolle.
- Wie kann Sicherheit darüber erlangt werden, dass derartige Ereignisse sich nicht wiederholten? Die Ergebnisse über die Art der Durchführung der Arbeiten am Tempelhofer Ufer zeigten, dass durch das starke Engagement der Bürger/innen gegen alle Widerstände im WSA eine gute Lösung gefunden worden sei. Können Erfolge nur über eine derart starke Präsenz der Bürger/innen erreicht werden?

Aus seiner Sicht kämen die bisherigen konsensfähigen Lösungsansätze, die die Interessen aller Beteiligten beinhalteten, hauptsächlich von den Bürgern/innen. Wichtig sei es aus seiner Sicht, intern im WSA zu vermitteln, dass LWK und BSK nur Teile eines Ganzen seien und die Bürger/innen in ihrem Engagement in dieser Sache nicht nachlassen würden. Hier müsse sich grundsätzlich eine andere Haltung herausbilden. Über diesen Punkt schien aus unterschiedlichen Blickwinkeln heraus grundsätzlich Konsens zu bestehen.

Herr Leder erläuterte zu dem Punkt der Dokumentation der Schnittgutmengen, dass er wenig Hoffnung habe, dass dies im Nachhinein nachvollzogen werden könne. Üblicherweise gehe das Schnittgut in das Eigentum des Auftragnehmers über, werde weder gesondert erfasst noch vergütet. Eine Dokumentation sei daher unwahrscheinlich. Herr Trehkopf stimmte dem zu.

Herr Scholz wies darauf hin, dass das WSA in Bezug auf die von Herrn Dohna erwähnte „Umerziehung“ schon einige Erfolge zu verzeichnen hätte und dass das die Beteiligten bemerkt haben und anerkennen müssten. Die Initiierung und Implementierung der Arbeitsgruppe Landwehrkanal beispielsweise, in Person verkörpert durch Frau Dr. Ernst, sei belegbares und sichtbares Beispiel für derartige Veränderungen.

Die Bürgervertreter/innen äußerten ihre Befürchtung, dass, sobald sie dem LWK weniger Aufmerksamkeit widmeten, wieder die Gefahr bestünde, dass Bäume gefällt würden. Daher baten sie um Verständnis für ihre Sorgen, welche Folgen es ggf. haben könnte, wenn es das Mediationsverfahren irgendwann womöglich nicht mehr gebe.

---

Frau Voskamp fasste zusammen, dass die Bürger/innen es gleichzeitig begrüßen, nicht immer das Gefühl haben zu müssen, dass etwas schief gehen könne bei weniger Engagement und Sorge ihrerseits. Herr Kessen ergänzte, sich am Beispiel des Tempelhofer Ufers gezeigt habe, dass man nicht durch Zwang zu einem gemeinsamen guten Ergebnis gekommen sei, sondern durch einen anderen Weg des Umgangs miteinander - Zwang bewirke da erfahrungsgemäß nicht viel Nachhaltiges.

Herr Schubert war wichtig, zuerst eine persönliche Bemerkung zu äußern: Für ihn sei es befremdlich, dass eine „Umerziehung der Mitarbeiter“ eingefordert werde und wie über interne Personalangelegenheiten des WSA gesprochen werde. Er ergänzte, dass seiner Auffassung nach der Amtsleiter des WSA, Herr Scholz, allein verantwortlich sei für seine Mitarbeiter/innen – diese Diskussion in der Art wie sie geführt worden sei, gehöre seiner Auffassung nach nicht in diese Sitzung. „Umerziehung“ als Begriff sei zudem historisch sehr belastet.

Herr Kessen nahm die Bedenken von Herrn Schubert auf und erläuterte, dass er alle anderen vor allem so verstanden habe, dass es ihnen darum geht, ein neues Denken zu etablieren. Die Beteiligten akzeptierten die Bedenken von Herrn Schubert mit dem Begriff „Umerziehung“ und mit einem allgemeinen Kopfnicken wurde von allen vereinbart, ihn so auch nicht weiter in der Diskussion zu verwenden. Daraufhin konnte die inhaltliche Diskussion weitergeführt werden.

Herr Schubert erklärte, inhaltlich spreche er als Vertreter der Obersten Naturschutzbehörde. Er habe die Informationen bisher nur aus zweiter Hand erhalten und sei eigentlich nicht für Bäume zuständig. Hier müsse aus seiner Sicht komplexer gedacht, bewertet und betrachtet werden. Die jeweiligen unterschiedlichen Interessen würden entsprechend zu unterschiedlichen Aktivitäten führen. Bei der Gestaltung des urbanen Raumes müsse ein Konsens in der Vorgehensweise bei all den unterschiedlichen Interessen angestrebt werden. Es sei hilfreich, frühzeitig die anstehenden Dinge gemeinsam zu besprechen und Verabredungen zu treffen, wie das am besten besprochen werden könne. Es gebe dazu unterschiedliche Rechtsgrundlagen, die miteinander in Bezug gesetzt werden müssten. Es müsse ein Diskurs über zukünftige Ufergestaltung geführt werden, und darüber, was sich an den Ufern tatsächlich abspielen könne. Er sei noch nicht lange mit dem Vorgang am BSK vertraut und in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung könne man sich voraussichtlich auch erst Mitte Mai 2010 damit befassen. Unterlagen zum Artenschutz, Artenhilfsprogrammen, Maßnahmen zum Erhalt der Ökologischen Vielfalt seien dabei hilfreich.

Herr Kessen fasste zusammen, dass es Herrn Schubert um den ganzheitlichen Blick ginge. Er habe dafür plädiert, dass alle Interessen berücksichtigt würden - das sei auch Ziel der Mediation. Jeder bringe sich mit den Ressourcen ein, die er jeweils besitze und diese gut miteinander in Verbindung zu bringen ginge nur über Kommunikation.

Herr Appel stimmte Herrn Schubert zu, dass das Thema komplex und eine ganzheitliche Herangehensweise wünschenswert sei; zugleich wies er darauf hin, dass er seine Protestnoten auch an den Senat geschickt habe. Die Bürger/innen würden seit Jahren versuchen, den Senat zum Eingreifen zu bewegen. Sie wünschten sich Aktivität von der Obersten Naturschutzbehörde in dieser Angelegenheit und begrüßten die Anwesenheit von Herrn Schubert.

Herr Schubert antwortete, dass ihm nicht alle Unterlagen vorlägen. In der Senatsverwaltung hätten sie jede Menge Arbeit; die Dinge, die jeweils wichtig seien, würden sie je nach Prioritätensetzung aufgreifen. Eine verbindliche Meinung könne er erst abgeben, wenn er die Situation geprüft und die Unterlagen gesehen habe.

Herr Scholz knüpfte an die Äußerungen von Herrn Schubert dahingehend an, dass er ihm beim Aspekt des Personals aus der Seele gesprochen habe. Er habe versucht, diejenigen Personen, die sich mit

der Arbeitsweise im Rahmen eines Mediationsverfahrens sehr schwer tun würden zurückzuziehen. Er appellierte an die Teilnehmer/innen, der Öffentlichkeit gegenüber keine Namen von Mitarbeiter/innen zu nennen. Ggf. disziplinarische Maßnahmen innerhalb des Amtes zu ergreifen, liege in seiner Zuständigkeit und Verantwortung. Sein Bemühen, viele Dinge konstruktiv zu verändern, könne man am Beispiel der Einrichtung der Arbeitsgruppe Landwehrkanal erkennen.

Herr Kessen wies darauf hin, dass die Diskussion Ausdruck des Wunsches vieler sei, Sicherheit darüber zu haben, dass auch tatsächlich etwas passiere und / oder Konsequenzen habe.

Nach der Sitzungspause erkundigte sich Herr Appel, wie der entstandene Schaden an Bäumen und Sträuchern zu kompensieren gedacht sei. Der BI/dem Verein sei wichtig, möglichst konkrete Summen zu hören, da ihre Leidensfähigkeit begrenzt sei. Er nahm den Vorschlag auf, diejenigen Firmen, die die Arbeiten fehlerhaft ausgeführt hätten, nicht oder nur teilweise zu bezahlen.

Herr Kessen fasste dergestalt zusammen, dass Lösungen für die folgenden zwei Themenfragefelder zu suchen seien:

- Wie können konkrete Kompensationsmaßnahmen für die Eingriffe am BSK aussehen?
- Welche Folgen und Lehren können daraus für die Arbeit am Landwehrkanal gezogen werden?

Ziel sollte insgesamt sein, Verlässlichkeit für die gemeinsame Arbeit zu erlangen. Die Arbeit am Landwehrkanal sei schwierig genug, auch ohne solche zusätzlichen Ereignisse wie bspw. am BSK. Es stelle sich die Frage, wie eine derartige Belastung der gemeinsamen Herausforderungen künftig vermieden werden könne.

Herr Scholz erklärte zu den Fragen nach einer möglichen Kompensation, er benötige eine transparente Bilanzierung für die Kompensationsmaßnahmen. Im Vordergrund stünden für ihn die Fragen:

- Wie viele Bäume wurden tatsächlich gefällt?
- Was könne in Zukunft auf Seiten des WSA geändert werden?

Vorgeschlagene „Lösungsmöglichkeiten für ein künftiges Vorgehen“ und „Ideen zur Kompensation“ wurden von den Mediatoren auf Flipcharts notiert und gesammelt.<sup>1</sup>

Die Bürger/innen wünschten sich, dass nicht nur kommuniziert, sondern vor allem auch anders agiert würde seitens des WSA. Ihnen ginge es insbesondere um Zusammenarbeit, Kooperation und Verbindlichkeit; bestenfalls solle Herzblut für die Bundeswasserstraßen eingesetzt werden, damit eine Veränderung auch erlebbar werden könne und man nicht etwa in einem Jahr wegen eines ähnlichen Vorfalls wieder hier so zusammensäße - das hieße aus ihrer Sicht auch, sichtbar Verantwortung zu übernehmen.

Herr Krauß listete die für ihn relevanten Punkte auf:

- Das WSA Berlin soll für die Berliner Kanäle akzeptieren, dass dort Strauchwerk zugelassen wird, d.h. Böschungen mit naturnahen Gehölzen bis zur Uferkante zugelassen werden. Ausnahmen von diesen vegetationsbestandenen Ufern seien möglich, z.B. bei Schifffahrtszeichen. Auch habe er keine Probleme mit Kopfweiden, diese könnten auch eine Bereicherung sein, müssten allerdings fachkundig regelmäßig gepflegt werden. Wichtig sei die Zusicherung, dass das WSA das grundsätzlich akzeptiere.
- Hinsichtlich der Ausgleichsmaßnahmen sei es wichtig zu überlegen, was die Tiere, die dort lebten, brauchen würden. Der Biebertier benötige beispielsweise dichtes Gehölz. Sinnvoll sei es, die

---

<sup>1</sup> Fotoprotokoll eingestellt auf der Homepage des Verfahrens „Zukunft Landwehrkanal“

---

einzelnen Abschnitte mit solchen Fragen durchzugehen. An der Spree gebe es Beispiele dafür, wie solch ein Ufer aussehen könnte; man könne dort durchaus ab und zu eingreifen, aber nicht tabula rasa machen.

- Sinnvoll sei eine Gesprächsrunde, d.h. eine Fachveranstaltung mit Experten: vergleichbares gebe es in anderen Städten schon, Berlin müsse diesbezüglich nicht alles neu erfinden. Wichtig sei, dass der Wille da sei, das auch gegenüber den Mitarbeiter/innen zu transportieren.

Herr Trehkopf unterstützte die Darstellungen von Herrn Krauß.

Herr Scholz erläuterte, dass geplant sei - unterstützt von der BfG - Fachvorträge zu initiieren. Etwas Derartiges habe auch bereits stattgefunden. Dies seien Maßnahmen, die relativ wenig kosten, aber seiner Ansicht nach viel bringen würden - auch in Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden. Er unterstütze, dass auch Strauchwerk an Böschungen akzeptiert werden solle - das WSA habe das bisher an Kanälen nicht gewollt, das solle sich jetzt aber zum Positiven ändern. Ziel sei es, flächendeckend, d.h. im gesamten Amtsbereich des WSA Berlin, Strauchwerk zu belassen. Bei denjenigen Benehmensherstellungen, an denen er selbst teilgenommen habe, sei es nicht nur um das formale Benehmen gegangen, sondern das WSA habe sich offen gezeigt und fachlichen Rat auch angenommen. Letztes Jahr (2009) hätten sie daher z.B. Inseln von Lilien und Schilf in der Spree belassen. Die Verkehrssicherungspflicht bei Bäumen bleibe allerdings erhalten.

Herr Krauß erklärte, dass er das akzeptieren könne, das sei ein Ausnutzen der Freiheitsspielräume. Wichtig sei, jeweils zu wissen, warum etwas so oder so passiere. Das Hauptargument der WSA-Mitarbeiter/innen vor Ort sei, dass sie die Böschung sehen können müssten - hier müsse umgedacht werden nach Auffassung von Herrn Krauß. Pflege sei möglich, und es darf kein Kahlschlag stattfinden. Maßvolle Eingriffe seien dann, wenn alles wieder zugewachsen sei, auch wieder erforderlich. Herr Kessen ergänzte, dass zunehmend deutlicher werde, dass die Haltung, mit der an eine Sache herangegangen werde, besonders wichtig sei, d.h. welcher Geist dahinter stehe. Dies wurde von allen Beteiligten bekräftigt.

Frau Kleimeier wies darauf hin, dass auch nachgehakt werden müsse, was fachlich falsch gelaufen sei, um daraus Erkenntnisse für die Zukunft zu gewinnen. Die Bauleitung des WSA vor Ort habe offensichtlich nicht erkannt, dass etwas falsch gelaufen sei. Deshalb sei hier zukünftig verstärkt Fachkompetenz erforderlich. Sie appellierte noch mal dafür, einen Baumbiologen beim WSA einzustellen oder einzubinden: dann wären die Bürger/innen einigermaßen beruhigt. Sie wies darauf hin, dass das WSA eine Anfrage vom Betroffenenrat „Lehrter Straße Berlin“ bekommen und diese bis jetzt noch nicht beantwortet habe. Herr Scholz führte aus, dass er diese am heutigen 19. April 2010 beantwortet habe. Er erläuterte außerdem, dass er leider keine neuen Stellen schaffen könne. Er könne lediglich vorhandene Leute schulen; darüber hinaus könne ggf. erforderliche Fachkompetenz auch eingekauft, d.h. beauftragt werden. Die Aufgabenfelder würden zwar erweitert, z.B. durch solche Erlasse wie erwähnt, das WSA habe aber deshalb nicht mehr Arbeitskraft zur Verfügung. Aus Sicht von Herrn Leder wäre die Einstellung eines Biologen zu hoch gegriffen, da dieser fachlich ein ganz anderes Spektrum abdecken würde als hier gefragt sei. Er schlug vielmehr vor, dass das WSA seine Leute coachen lasse, damit die Leute vor Ort entsprechend gut ausgebildet seien. Nach seiner Erfahrung lernten Leute am besten durch Anschauung. Praktiker würden dafür gebraucht, die anweisen könnten, was wie beschnitten werden müsste. Herr Scholz sah ein, dass es eine gute Möglichkeit sei, ein oder zwei Leute des WSA, die Spaß daran hätten, diesbezüglich zu schulen, jedoch könne er dies nicht verbindlich zusagen.

Herr Leder stellte zur Verdeutlichung seine eigene Situation dar: er müsse damit leben, was oder wen er innerhalb der Mitarbeiterschaft zur Verfügung habe. Zudem klaffe erfahrungsgemäß zwischen Erkenntnis und Umsetzung oft ein großes Loch. Mit noch besser ausgebildeten Kräften würde z.B. ausge-

geschlossen, dass durch schlechten Schnitt - wie an der Reihe Pappeln am Nordhafen, die er seit 20 Jahren kenne und die nachweislich nicht erkrankt waren - Bäume geschädigt würden. Ein vernünftiger Baumpfleger vor Ort sei ausreichend und das sei erlernbar.

Herr Kessen fasste zusammen, man benötige folglich jemanden vor Ort, der lernwillig sei und jemanden, der lehren könne.

Herr Leder ergänzte, das WSA habe seines Wissens nach eine gute Klettertruppe, in der fähige Leute seien, die möglicherweise Interesse an einer Weiterbildung hätten. Herr Scholz erklärte, dass diese Gruppe leider aufgelöst werde und die betreffenden Leute jetzt zum Wasserbau u.a. als Schleusenpersonal gehen würden. Dr. Barsig schlug daraufhin vor, das WSA könne auch Pflegeverträge mit dem BUND oder anderen abschließen. Dazu erläuterte Herr Scholz, dass das WSA als Eigentümer immer in der Haftung stecke und damit nicht sämtliche Arbeiten vergeben könnten - dazu habe es auch schon einmal ein Grundsatzurteil gegeben, das dies belege.

Herr Krauß erklärte, dass es aus seiner Sicht keinen Sinn mache, jetzt hier Personalpolitik zu besprechen. Ein möglicher Weg sei es, einen Brief an das Verkehrsministerium zu schreiben mit dem Tenor, dass, wenn ökologische Kompetenzen an das WSA übertragen würden, dann auch Personal dafür bereitgestellt werden müsse. Herr Scholz erläuterte, dass in den letzten 20 Jahren bereits über die Hälfte des ursprünglichen Mitarbeiterbestands von etwa ca. 500 Leuten abgebaut worden sei und dass die höher klassifizierten Wasserstraßen priorisiert würden. Bei Personal und Finanzen ende seine Kompetenz. Die BfG werde fachlich bereits eingebunden und komme jeweils auch zum Einsatz.

Herr Kessen regte an, die gesammelten Ideen mit einem Zeitplan zu verbinden.

Frau Kleimeier wies darauf hin, dass die Art der Ausschreibung und Beauftragung der Arbeiten wichtig sei und nicht den Firmen überlassen werden dürfte, man könne z.B. in Analogie dazu wie der Bezirk Mitte das handhabe, das Schnittgut behalten und selbst veräußern.

Herr Appel drängte erneut auf eine konkrete Zahl für die Höhe der Kompensation, z.B. 50.000 Euro. Hierfür könnten beispielsweise Flachwasserzonen angelegt werden oder schon jetzt Container-Weiden am Nordufer gepflanzt werden. Davon allerdings riet Herr Leder ab, da die Zeit für Pflanzungen zu weit fortgeschritten sei im Jahresverlauf. Herr Scholz erwiderte, dass er keine Zahl nennen könne, da tappe er noch im Dunkeln, da aus seiner Sicht zunächst eine Bilanz gemacht werden müsse, bevor ein Volumen festgelegt werden könne. Herr Barsig gab zu bedenken, dass eine mögliche Bilanzierung höchstens abschnittsweise durchgeführt werden sollte, da sonst das zur Verfügung stehende Geld für Gutachter ausgegeben werden müsse und eine exakte Bilanzierung jetzt sowieso nicht mehr möglich sei. Da Pflanzungen erst wieder im Oktober 2010 ausgeführt werden könnten, sollte man die Zeit bis dahin nutzen um einen guten Ort und sinnvolle Maßnahmen zu überlegen, regte Herr Leder an. Der Bezirk Mitte könne nur dort etwas fordern, wo auch ein belegbarer Schaden entstanden sei, d.h. dort, wo die Bäume aus der Kompensationsmaßnahme DB gefällt worden seien. Er schlug vor, mit den Leuten, die die Schnittmaßnahmen durchgeführt bzw. diese überwacht hatten, vor Ort den Schaden zu besprechen und beispielhaft zu zeigen, wie geschnitten werden könnte.

Herr Kessen erklärte, man nähere sich jetzt von 2 Richtungen:

- Was an Geld ist da, was wäre damit möglich?
- Was für ein Schaden ist in welcher Größenordnung entstanden?

Herr Schubert erklärte, dass es schwierig sei, einen Zustand zu errechnen, der nicht mehr da sei und der auch nicht wieder herzustellen sei. Er halte den Vorschlag von Herrn Dr. Barsig für gut, exemplarisch den Schaden zu ermitteln. Wichtig sei dann vor allem, den Zustand zu beschreiben, der hergestellt werden solle. Herr Scholz regte an, dass das namentlich noch zu bestimmende Team sich vor Ort mit Herrn Dr. Barsig treffen sollte und die Maßnahmen anhand der Tabelle Baum für Baum durchgehen

könne sowie die jeweiligen Argumente diskutieren sollte - und zwar genau in dem jeweils betroffenen Bereich. Herr Schubert hielt es demgegenüber für sinnvoller, sich an einem Bereich zu treffen, in dem noch alles intakt sei: Hier könnte dann eine Zielvorstellung für die naturnahe Uferbiotopgestaltung entwickelt werden, woran sich sowohl die Kompensationsmaßnahmen als auch die künftige Pflege orientieren könnte. Hierfür schlug Herr Krauß die Tiefwerder Wiesen vor. Herr Leder ergänzte, dass eine sachliche Abarbeitung erfolgen sollte, damit es nicht als Kontrolle wirke. Herr Scholz stimmte dem zu und erklärte, er wolle das gern persönlich begleiten, da er einige der Argumente seiner Mitarbeiter/innen auch selbst gut verstehen könnte.

Herr Scholz erklärte, dass er für etwaige Maßnahmen für die Bundeshaushaltskasse Plausibilität benötige und dass man dafür die jeweilige Maßnahme durchdiskutieren müsse. Aus dem Delta zwischen den beiden Zuständen Ist und Soll ergebe sich dann eine Summe in Euro; den Zeitaufwand für die zu Beteiligten schätze er auf einen Nachmittag. Als Beteiligte schlug er den BUND, das betroffene Bezirksamt, Dr. Barsig und den Außenbezirk Spandau vor. Aus Sicht von Herrn Leder wären das bereits zu viele Leute, um sich zielführend auszutauschen. Er würde zwischen den Themen differenzieren und daher gelte es,

- sich heranzutasten was mögliche Ausgleichsmaßnahmen kosten könnten, wenn sie naturnah umgesetzt werden sollen;
- den Leuten vor Ort Sachverhalte verständlich zu machen;

Der Vorschlag von Herrn Krauß lautete:

- die Mitarbeiter/innen des WSA sollten geschult werden. Es gab den Vorschlag, dass dies möglicherweise Herr Leder machen oder organisieren könne; er schlug vor, dass:
- eine Begehung vor Ort stattfinden solle, z.B. zwei halbe Tage um darzustellen: was ist passiert, was ist geplant - mit entsprechender Diskussion darüber;
- ein Konzept sollte entwickelt werden, wo Ersatzpflanzungen ggf. durchgeführt werden könnten. Über den möglichen Umfang von Kompensationsmaßnahmen in Euro müsse sich das WSA zuerst selbst klar werden.

Aus Sicht von Herrn Leder seien Seminare für die Mitarbeiter/innen allein nicht ausreichend – Herr Scholz hatte darauf verwiesen, dass Herr Dr. Matteck bereits in dieser Funktion tätig sei –, vielmehr gelte es, jemanden auszubilden, der vor Ort die anstehenden relevanten Fragen kompetent beantworten könne. Die Maßnahmen funktionierten nur so gut, wie die Leute die sich auch darum kümmern würden. Man könne die Leute dort nicht allein lassen; das, was Dr. Matteck vermittele, biete nur ein Grundgerüst.

Herr Scholz sagte zu, dass Anfang Juni 2010 ein gemeinsamer Termin mit 3-4 Leuten am BSK vereinbart werden würde; woraufhin Frau Dr. Ernst erklärte, zusätzlich dabei sein zu wollen, um etwas für den Landwehrkanal zu lernen. Herr Krauß erklärte, er könne sich vorstellen, dass seitens des BUND bzw. der Naturschutzverbände noch jemand mitginge, unter der Voraussetzung dass es keine Grundsatzdiskussionen geben würde.

Die Mediatoren ergänzten, dass der noch zu definierende Kreis sich auch darauf einigen müsse, wer dem Forum von diesem Termin berichten würde, um die notwendige Transparenz herzustellen.

Festgehalten wurde:

- 3-4 Mitarbeiter
- Herr Dr. Barsig
- Frau Dr. Ernst
- Herr Dohna
- Bedingung: keine Grundsatzdiskussion.

Die Bürger/innen wiesen darauf hin, dass die nächste Maßnahme so ausgeschrieben werden müsse, dass die Arbeit sowohl Qualität habe als auch die Kontinuität der Mitarbeiter sichergestellt werde. Die

---

Bürger/innen schlugen vor, einen Ämtertausch durchzuführen, bei dem ein Austausch von Mitarbeiter/innen zwischen z.B. WSA Berlin und BZA Mitte zum gegenseitigen Weiterlernen stattfände.

Alle Ideen wurden auf den Flipcharts – zusammengestellt im Fotoprotokoll – gesammelt.

Als Abschluss baten die Mediatoren die Teilnehmer/innen um ein kurzes Statement, mit welchen Gedanken sie jetzt aus dieser Sitzung gehen würden:

- Herr Scholz: nach anfänglicher Skepsis sei er angetan gewesen von der offenen Diskussion, er fühle seine Anregungen angenommen;
- Frau Riemer: es gäbe jetzt viel zu tun;
- Frau Dr. Ernst: es sei viel gelernt worden; es sei wohltuend, dass die Diskussion zu Lösungen geführt habe, sie wolle das neue Denken mitnehmen;
- Herr Dr. Barsig: Nägel mit Köpfen machen, die Kompensationsmaßnahmen real umsetzen;
- Frau Fortwengel: die Hoffnung sterbe zuletzt;
- Herr Dohna: Wenn das mit dem „U-Wort“ umgesetzt werde, dann habe er Hoffnung;
- Herr Schubert: das, was an Lösungsvarianten herausgearbeitet worden sei, stimme ihn hoffnungsvoll, er werde das mit seinen Kollegen weiter besprechen;
- Herr Krauß: er sei überrascht, wie schnell das Dogma „vegetationsfreier Kanalufer zugunsten vegetationsbestandener Kanalufer“ gefallen sei und man zu Lösungen gekommen sei für den Uferbestand, das mache Hoffnung auf weitere Dinge;
- Herr Leder: wichtig sei es, die Leute vernünftig intern zu schulen;
- Frau Kleimeier: sie sei noch immer beleidigt, wie Herr Scholz mit ihnen umgegangen sei, dass er nicht mitgeteilt habe, dass es sich um mehrere Lose handele, habe sie verletzt. Die Sitzung sei gut gewesen mit guten Ansätzen;
- Frau Dorbert: sie sei erfreut, dass die Fachleute erschienen seien. Ein Lob an die Mediatoren, ohne sie wäre das heute nicht so gut gelaufen;
- Herr Appel: er wolle die Stimmung nicht verderben, aber das sei schon ein paar Male so gewesen. Was die Kompensationsmaßnahmen betreffe, habe er mit Skepsis unterlegte Hoffnung, dass was anderes passiert, als gewohnt.

Herrn Scholz war es wichtig, auf die persönliche Ansprache von Frau Kleimeier noch einmal persönlich zu reagieren: er habe das Ausmaß der Maßnahme nicht gewusst und habe damit ein blütenreines Gewissen. So etwas könne auch durchaus wieder vorkommen, dazu sei das Amt einfach zu groß, die Aufgaben zu vielfältig und komplex.

Herr Appel stellte noch mal klar, dass Herr Scholz, als er von dem Ausmaß gewusst habe, dies bedauerlicherweise nicht kommuniziert hätte; im Sinne der Transparenz sei dies aber notwendig gewesen und wäre z.B. auch per Email völlig ausreichend gewesen.

Die Mediatoren bedankten sich für die rege Teilnahme im Namen des ganzen Teams und wünschten allen einen schönen Abend.

*Ein Versuch den Lösungsansatz zu „fassen“:*

*Der Weg zur Ermittlung des realen Schadens wäre sehr kostspielig – da viele Gutachten notwendig wären - und auch nicht exakt möglich, da der Zustand vor den Schnitt- und Fällmaßnahmen nicht konkret festgehalten wurde. Ein reines Schätzen des entstandenen Schadens als Grundlage für den Umfang der Kompensationsmaßnahme würde von der Kostenstelle jedoch nicht akzeptiert, daher würden die Beteiligten versuchen, sich über einen anderen Weg dem notwendigen Ausmaß der Kompensationsmaßnahmen zu nähern. An einem noch intakten Uferbereich werde eine Zielvorstellung für eine naturnahe Ufergestaltung festgelegt, die dafür erforderlichen Kosten würden ermittelt und anschließend auf die betroffenen 10 km Uferlänge hochgerechnet. Somit könne man ein Ergebnis auf einer realen und nachvollziehbaren Grundlage erhalten, das von einer möglichen Verallgemeinerung der erforderlichen Maßnahmen ausgeht, so dass durch Hochrechnung Zeit und damit Kosten gespart würden. Diese Herangehensweise berücksichtige die Interessen aller Beteiligten.*

# Fotoprotokoll

Mediationsverfahren

Zukunft Landwehrkanal

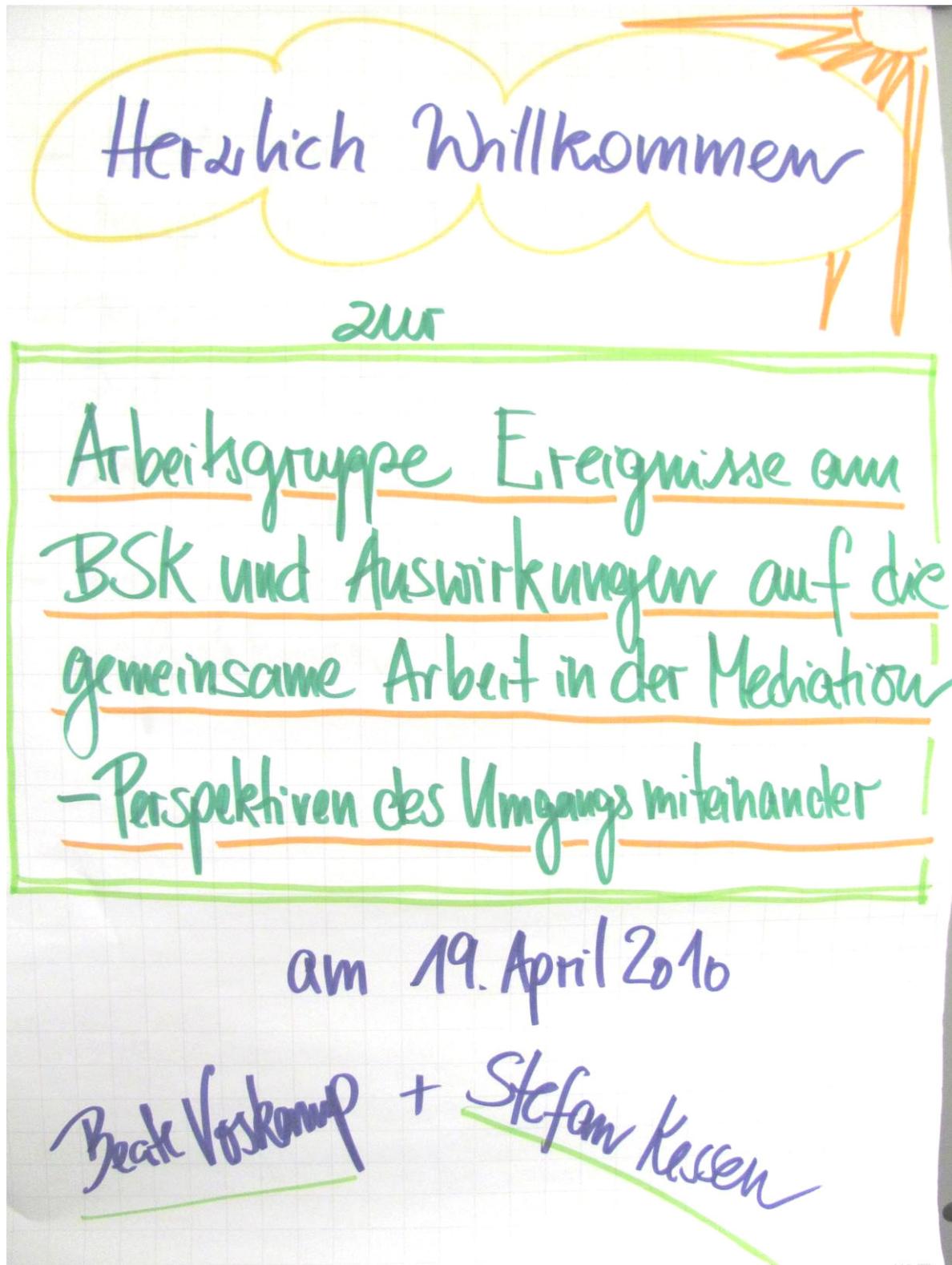
## **Arbeitsgruppe**

**"Ereignisse am BSK und Auswirkungen auf die gemeinsame Arbeit in der Mediation – Perspektiven des Umgangs miteinander"**

19. April 2010, Wasser- und Schifffahrtsamt Berlin

Mediatoren:

Beate Voskamp, landschaftsarchitektur voskamp bdla  
Stefan Kessen, MEDIATOR GmbH



## Lösungsmöglichkeiten für künftiges Vorgehen:

für Zuständigkeitsbereich des WSA Berlin

- Zweistufiges Vorgehen umsetzen:

1.) Information über Vorhaben,  
auch im Internet  
zum geeigneten Zeitpunkt

2.) Dialog mit unterschiedlichen  
Gruppen, u.a. mit Bürgervertreter/innen,  
Umweltverbänden, Bezirk, Senat ...

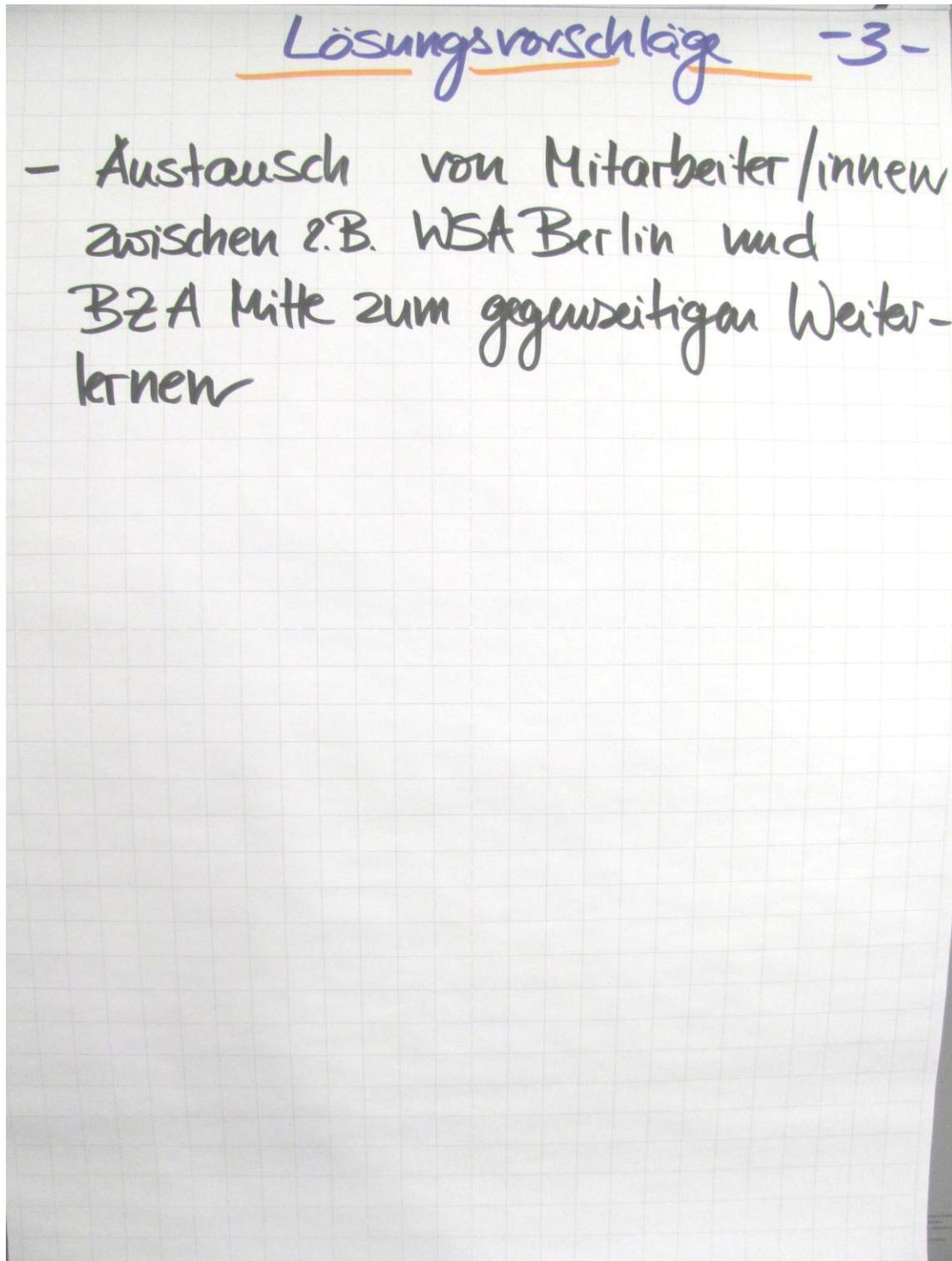
und Verantwortung dafür übernehmen

- Akzeptanz des WSA, dass die  
Uferbereiche vegetationsbestanden  
sind

- Gesprächsrunden mit Fach-  
leuten initiieren, Zielgruppen  
eigene Beschäftigte und Dritte (Verbände  
u.a.)

## Lösungsvorschläge

- Fachkompetenz bei Begleitung von Umsetzungsmaßnahmen sicherstellen, z. B. durch Einbindung von Baumbiologen, fachkompetente Baumpfleger
- Überblick über Status der Vegetationsbestände sicherstellen, z. B. über Kompensationsvegetation o.ä.
- Eigene Ressourcen des WSA nutzen durch Schulung der Fachkompetenz, z. B. durch Coaching von ehrenamtlichen durch geeignete Lehrende;
- Art der Ausschreibung überprüfen, ggf. verändern, z. B.
  - Schnittgut kontrollieren
  - Fachkunde nachweisen, Qualität sicherstellen durch Fotodokumentation in der Ausschreibung



- 4 -
- Vorschlag eines Treffs am Hohenzollernkanal <sup>(BSK)</sup> u. gemeins. Austausch:
    - Was wurde gemacht?
    - Was ist geplant?

im kleinen Kreis:

- WSA Berlin  $\Leftarrow$  Herr Scholz  
3-4 Außendienstmitarbeiter  
Fr. Dr. Erbst
- BUND, Herr Krauß
- Dr. Barsig
- Herr Dohna

Wann:

bis Ende Juni 2010 (Ziel: Anfang Juni)

Rahmen:

Bitte, einer „Ergebnisreportage“  
ins Forum einzuspeisen

- 5-
- Vorschlag, einen noch intakten Uferbereich auszuwählen, z.B. Tiefwerder Wiesen (o.a. Vorschlag des WSA) um darüber einen Diskurs darüber einzugehen, was wie getan werden sollte;  
⇒ Austausch über Haltung, Ideen, Maßnahmen, Argumente

Wer?

- betroffenes Bezirksamt
- Dr. Barsig
- WSA Berlin
- Außenbezirksleiter

# Kompensation

- ab schnittweise, z.B. am Nordhafen → vorsichtig abschätzen  
 Monetarisieren
- Transparente Bilanzierung
  - Aktive Unterstützung der Fauna durch Pflanzung von Vegetationsbeständen, z.B. abschnittsweise, beispielhaft (Modellfläche/n)
  - Bereich Saatwinkler Damm: Vorschlag der Anlage einer Flachwasserzone und ggf. Anpflanzung von Weiden o.ä.
  - Einbeziehung der Bezirksämter in Vorschläge und Entscheidungen
- \* Vorbereitung von Maßnahmen für Umsetzung i. d. Pflanzzeit 2010/2011 und Einbeziehung von Senat und Bezirken, ggf. Anlage von Modellflächen o.ä.

## Kompensation -2-

- WSA prüft zuerst: Was ist überhaupt möglich / machbar?
- Beschreibung eines wünschenswerten Zielzustand<sup>0</sup> in betroffenen Uferbereichen ganz wichtig
- Konzept erstellen für Kompensationsmaßnahmen